



**Was Sie über die Zwangs-
vollstreckung wissen sollten.**

Das schwierige Gebiet der Zwangsvollstreckung ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger ein Buch mit sieben Siegeln. Von einem besonderen Siegel hat aber wohl jeder schon gehört: Vom Pfandsiegel, dem berühmten »Kuckuck«, das von der Gerichtsvollzieherin oder vom Gerichtsvollzieher aufgeklebt wird.

Aber was ist eigentlich die Zwangsvollstreckung?

Unter Zwangsvollstreckung verstehen wir das staatliche Verfahren, mit dem der Gläubiger zwangsweise seine Ansprüche gegen den Schuldner durchsetzen kann.

Herr Kleingeld erwirbt bei Frau Kaufmann eine Spülmaschine und es wird vereinbart, dass Herr Kleingeld den Kaufpreis an Frau Kaufmann erst überweist, nachdem die Spülmaschine geliefert wurde. Obwohl die Spülmaschine vereinbarungsgemäß geliefert wird und Frau Kaufmann mehrfach an die Zahlung des Kaufpreises erinnert, bezahlt Herr Kleingeld nicht. Frau Kaufmann schlägt daraufhin den Prozessweg ein und erstreitet vor Gericht ein vollstreckbares Zahlungsurteil (sogenannter Titel) über den geforderten Kaufpreis gegen Herrn Kleingeld. Dieser ist aber immer noch nicht bereit zu zahlen. Um ihren gerichtlich anerkannten Anspruch durchzusetzen, darf die Gläubigerin Kaufmann auf keinen Fall selbst in der Weise aktiv werden, dass sie dem Schuldner Kleingeld gewaltsam Geld oder andere Wertgegenstände wegnimmt. Bei dieser Art von Selbstjustiz würde Frau Kaufmann sich strafbar machen. Frau Kaufmann hat stattdessen mehrere Möglichkeiten, sich auf dem durch das Zwangsvollstreckungsrecht vorgeschriebenen Weg der Hilfe staatlicher Vollstreckungsorgane zu bedienen, um ihre Forderung bei Herrn Kleingeld zu vollstrecken.



Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen

Zwangsvollstreckung durch die Gerichtsvollzieherin bzw. den Gerichtsvollzieher

Eine Möglichkeit der Zwangsvollstreckung ist die Beauftragung einer Gerichtsvollzieherin oder eines Gerichtsvollziehers. Dabei handelt es sich um Beamte des mittleren Justizdienstes, die im Hinblick auf ihre Vollstreckungsaufgaben eine besondere Ausbildung durchlaufen haben. Zwar sind Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher einem Amtsgericht zugeordnet, dort aber nicht in den Geschäftsbetrieb eingegliedert. Sie unterhalten vielmehr ein eigenes Büro. Jeder Gerichtsvollzieher ist für einen bestimmten Bezirk zuständig. Welche Gerichtsvollzieherin bzw. welcher Gerichtsvollzieher für welche Orte zuständig ist, können Sie bei der Gerichtsvollzieher-Verteilungsstelle des Amtsgerichts erfragen.

Frau Kaufmann wendet sich also nun mit dem erstrittenen Urteil an den zuständigen Gerichtsvollzieher und erteilt ihm den Auftrag, wegen ihres Anspruchs bei Herrn Kleingeld zu vollstrecken. Der Gerichtsvollzieher sucht daraufhin den Schuldner, Herrn Kleingeld, auf und versucht zunächst nochmals zu klären, ob er nicht freiwillig zahlen will oder schon gezahlt hat. Wenn dies nicht der Fall ist, hält der Gerichtsvollzieher Ausschau nach zur Pfändung geeigneten beweglichen Sachen. Dabei kommen alle Gegenstände (Geld, andere Wertgegenstände) in Betracht, die sich bei Herrn Kleingeld befinden, auch wenn diese ihm gar nicht gehören. Im Rahmen der Pfändung kann der Gerichtsvollzieher die Eigentumsverhältnisse nicht prüfen. Er wird die Pfändung durchführen, auch wenn er auf Fremdeigentum hingewiesen wird. Der tatsächliche Eigentümer muss sich dann gegebenenfalls selbst auf dem vorgeschriebenen Weg gegen die Pfändung wehren.

Kleinere bewegliche Sachen nimmt der Gerichtsvollzieher sofort mit. Bei anderen Sachen wird die Pfändung durch das Anbringen eines Pfandsiegels kenntlich gemacht: Der Gerichtsvollzieher klebt die Pfandsiegelmarke, den „Kuckuck“, auf den Pfandgegenstand. Die Pfandsiegelmarke darf auf keinen Fall eigenmächtig entfernt werden – auch nicht, wenn der Schuldner oder ein anderer die Pfändung für unrechtmäßig hält. Das eigenmächtige Entfernen der Pfandsiegelmarke ist strafbar.

Findet der Gerichtsvollzieher keine pfändbaren Sachen, so ist die Pfändung fruchtlos. Das bedeutet aber nicht, dass der Schuldner gar nichts hat. Um die wirtschaftliche Existenz zu sichern, ist gesetzlich bestimmt, dass die Sachen des Schuldners in gewissem Umfang unpfändbar sind. Dies sind etwa die notwendigsten Einrichtungsgegenstände und Kleidungsstücke sowie Dinge, die der Schuldner zur Berufsausübung benötigt.

Wenn der Gerichtsvollzieher die Sachen bei Herrn Kleingeld gepfändet und mitgenommen hat, hat Frau Kaufmann aber immer noch nicht ihr Geld. Der Gerichtsvollzieher muss die gepfändeten Dinge verwerten. Das geschieht zum größten Teil durch Versteigerungen, die vom Gerichtsvollzieher durchgeführt werden. Den Erlös nach Abzug der Vollstreckungskosten des Gerichtsvollziehers bekommt dann Frau Kaufmann für ihre Geldforderung.

Seit Anfang des Jahres 2010 können gepfändete Gegenstände auch im Rahmen einer Internet-Auktion versteigert werden. Das hat den Vorteil, dass an der Versteigerung ein viel größerer Interessentenkreis rund um die Uhr teilnehmen kann – mit der Folge, dass mehr gepfändete Gegenstände erfolgreich und oft zu einem höheren Gebot versteigert werden können. Davon profitieren sowohl Gläubiger als auch Schuldner, da der höhere Erfolg der Versteigerung zu einer frühe-

ren Erfüllung der Forderung des Gläubigers führt. Gerichtsvollzieher aus allen Bundesländern versteigern die von ihnen gepfändeten Sachen auf der von Nordrhein-Westfalen betriebenen Versteigerungsplattform „Justiz-Auktion“ (www.justiz-auktion.de).

Um schon im Vorfeld einer Pfändung in Erfahrung zu bringen, was der Schuldner an Vermögenswerten hat, kann der Gerichtsvollzieher den Schuldner, wenn dieser die Forderung trotz Aufforderung nicht bezahlt, auch zur Abgabe einer Vermögensauskunft laden (früher eidesstattliche Versicherung/Offenbarungseid). Der Schuldner hat alle seine Wertgegenstände, Forderungen usw. anzugeben und an Eides statt zu versichern, dass seine Angaben vollständig und richtig sind. Sagt er nicht die Wahrheit, macht er sich strafbar. Die Abnahme der Vermögensauskunft kann auch nach einem erfolglosen Pfändungsversuch erfolgen. Die Vermögensauskunft wird durch den Gerichtsvollzieher als elektronisches Dokument errichtet, das bei dem zentralen Vollstreckungsgericht (in Nordrhein-Westfalen das Amtsgericht Hagen) gespeichert wird. Weigert sich der Schuldner grundlos, die Vermögensauskunft abzugeben, kann der Gläubiger den Erlass eines Haftbefehls beantragen, um den Schuldner zur Abgabe der Vermögensauskunft zu zwingen. In einigen Fällen, z. B. wenn der Schuldner die Vermögensauskunft nicht abgibt, kann der Gerichtsvollzieher bestimmte Informationen über die Vermögensverhältnisse des Schuldners auch bei anderen Stellen einholen, z. B. bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung, dem Bundeszentralamt für Steuern und dem Kraftfahrt-Bundesamt.

Andere Zwangsvollstreckungsmöglichkeiten

– Heutzutage ist bei der Vollstreckung von Geldforderungen die sogenannte Forderungspfändung von besonderer Bedeutung. Hier wird nicht eine Sache gepfändet, sondern eine Forderung des Schuldners gegen

einen Dritten. Wichtigster Fall ist die Pfändung von Arbeitseinkommen. Das Vollstreckungsgericht pfändet den Anspruch des Schuldners gegen seinen Arbeitgeber auf Einkommen mithilfe eines sogenannten Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses zugunsten des Gläubigers. Der Antrag auf Erlass eines solchen Beschlusses muss seit 01.01.2013 unter Verwendung eines Formulars gestellt werden (entsprechende Formulare sowie weitere Informationen finden Sie nach Eingabe des Suchbegriffs „Pfändung“ auf der Internetseite www.justiz.nrw.de).

Durch den Pfändungs- und Überweisungsbeschluss wird dem Arbeitgeber von Herrn Kleingeld aufgegeben, statt an den Schuldner Herrn Kleingeld das Gehalt an die Gläubigerin Frau Kaufmann auszuzahlen.

Wie aber auch der Gerichtsvollzieher nicht alles pfänden darf, damit das Existenzminimum des Schuldners gesichert ist, darf auch das Einkommen nicht in voller Höhe, sondern nur in bestimmtem Umfang gepfändet werden. Der jeweils unpfändbare Betrag hängt von der Höhe des Nettoeinkommens und der Unterhaltungspflicht des Schuldners sowie der Art der Forderung ab. Die Beträge werden alle zwei Jahre zum 1. Juli entsprechend der prozentualen Entwicklung des Grundfreibetrages nach § 32a Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes angepasst. Die aktuellen Beträge können der unten abgedruckten Tabelle entnommen werden. Zudem können Sie auf der Internetseite www.justiz.nrw.de (Suchbegriff „Berechnungshilfen“) mit dem dort eingestellten Pfändungstabellen-Generator eine auf Ihre Bedürfnisse angepasste Pfändungstabelle erstellen oder mit dem Berechnungsprogramm einfach ermitteln, wie viel von Ihrem Nettoeinkommen pfandfrei bleibt.

– Ferner kann Frau Kaufmann ein Guthaben auf einem Konto von Herrn Kleingeld pfänden. Auch insoweit gibt es Pfändungsschutz, damit der Schuldner über den unpfändbaren Teil der Einkünfte verfügen und so weiter am Wirtschaftsleben teilnehmen kann. Seit Juli 2010 gibt

es dafür das neue Pfändungsschutzkonto (P-Konto). Auf diesem ist automatisch ein monatlicher Betrag in Höhe von derzeit 1.028,89 EURO vor der Pfändung geschützt. Eine Erhöhung dieses Freibetrages ist bei Vorlage von Bescheinigungen von Arbeitgebern, Schuldnerberatungsstellen oder Sozialleistungsträgern (z. B. über Unterhaltspflichten und bestimmte Sozialleistungen) beim Kreditinstitut möglich oder in besonders gelagerten Einzelfällen aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung.

Der Freibetrag steht jeweils monatlich zur Verfügung. Ist das pfändungsgeschützte Guthaben bis zum Ende des Kalendermonats nicht aufgebraucht, wird der verbleibende Guthabenrest einmal in den Folgemonat übertragen und steht dann einmalig zusätzlich zum geschützten Guthaben zur Verfügung. Wird der Guthabenrest auch im Folgemonat nicht verbraucht, steht der Betrag dem Gläubiger zu.



Der Schutz ist unabhängig von der Art der Einkünfte. Damit genießen erstmals auch Selbstständige Pfändungsschutz für ihr Kontoguthaben. Seit dem 01. Januar 2012 wird der gesamte Kontopfändungsschutz ausschließlich über das P-Konto abgewickelt. Jeder Inhaber eines Girokontos kann von seiner Bank oder Sparkasse die Umwandlung in ein P-Konto verlangen, allerdings gibt es keinen Anspruch auf die neue Einrichtung eines P-Kontos.

– Eine Zwangsvollstreckung ist auch in das unbewegliche Vermögen, d.h. in bebaute und unbebaute Grundstücke, möglich, und zwar durch Eintragung einer Zwangshypothek sowie durch Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung. Schlimmstenfalls muss Herr Kleingeld also damit rechnen, dass sein Haus und Grund „unter den Hammer“ kommen.

Eintragung ins Schuldnerverzeichnis

Der Schuldner wird auf Anordnung des Gerichtsvollziehers in das Schuldnerverzeichnis eingetragen,

- wenn er sich geweigert hat, die Vermögensauskunft abzugeben oder
- wenn eine weitere Vollstreckung nach dem Inhalt der Vermögensauskunft voraussichtlich nicht zu einer Befriedigung des Gläubigers führen wird oder
- wenn der Schuldner nicht innerhalb eines Monats nach Abgabe der Vermögensauskunft die Befriedigung des Gläubigers nachweist.

Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis spielt in der Zwangsvollstreckungspraxis eine große Rolle und hat einschneidende Konsequenzen für den Schuldner, da im Grundsatz jedermann bei Vorliegen bestimmter Gründe Einsicht in das Schuldnerverzeichnis erhalten kann. Dies kann z.B. dann der Fall sein, wenn der Auskunftbegehrende die Einsicht für Zwecke der Zwangsvollstreckung benötigt. Die Einsicht in das Schuldnerverzeichnis spielt bei der Beurteilung

der Kreditwürdigkeit des Schuldners eine entscheidende Rolle. Wer hier eingetragen ist, muss im Wirtschaftsleben, z. B. bei Kontoeröffnungen oder bei Kreditaufnahmen, mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen.

Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche

Außer wegen Geldforderungen findet die Zwangsvollstreckung auch wegen anderer Ansprüche wie etwa Herausgabe von beweglichen und unbeweglichen Sachen statt. Von besonderem Interesse ist die Herausgabe einer Wohnung aufgrund eines sogenannten Räumungstitels. Auch hier darf der Vermieter nicht etwa zur Selbsthilfe greifen, das Schloss auswechseln und die Möbel auf die Straße stellen, selbst wenn der Mieter seiner im Räumungstitel ausgesprochenen Pflicht nicht nachkommt. Er muss sich der Hilfe der Gerichtsvollzieherin oder des Gerichtsvollziehers bedienen. Diese räumen im Rahmen des Zwangsvollstreckungsverfahrens die Wohnung, notfalls mit Gewalt.

Für den Schuldner empfiehlt es sich fast immer, es gar nicht erst zu einer Zwangsvollstreckung kommen zu lassen. Gegen unberechtigte Forderungen sollte er sich rechtzeitig wehren. Im Übrigen sind Verhandlungen vor der Zwangsvollstreckung mit dem Gläubiger etwa über Ratenzahlungs- und Stundungsvereinbarungen oder Sanierungsbemühungen immer empfehlenswert. Die Sache einfach laufen zu lassen, etwa bis eine Gerichtsvollzieherin oder ein Gerichtsvollzieher in der Tür steht, ist dagegen nie empfehlenswert.

Das Wichtigste, was man über die Zwangsvollstreckung wissen sollte, ist daher:

Lassen Sie es möglichst gar nicht erst so weit kommen!



Netto-Lohn monatlich in Euro			Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
			0	1	2	3	4	5 und mehr
	bis	1.049,99	–	–	–	–	–	–
1.050,00	bis	1.059,99	3,47	–	–	–	–	–
1.060,00	bis	1.069,99	10,47	–	–	–	–	–
1.070,00	bis	1.079,99	17,47	–	–	–	–	–
1.080,00	bis	1.089,99	24,47	–	–	–	–	–
1.090,00	bis	1.099,99	31,47	–	–	–	–	–
1.100,00	bis	1.109,99	38,47	–	–	–	–	–
1.110,00	bis	1.119,99	45,47	–	–	–	–	–
1.120,00	bis	1.129,99	52,47	–	–	–	–	–
1.130,00	bis	1.139,99	59,47	–	–	–	–	–
1.140,00	bis	1.149,99	66,47	–	–	–	–	–
1.150,00	bis	1.159,99	73,47	–	–	–	–	–
1.160,00	bis	1.169,99	80,47	–	–	–	–	–
1.170,00	bis	1.179,99	87,47	–	–	–	–	–
1.180,00	bis	1.189,99	94,47	–	–	–	–	–
1.190,00	bis	1.199,99	101,47	–	–	–	–	–
1.200,00	bis	1.209,99	108,47	–	–	–	–	–
1.210,00	bis	1.219,99	115,47	–	–	–	–	–
1.220,00	bis	1.229,99	122,47	–	–	–	–	–
1.230,00	bis	1.239,99	129,47	–	–	–	–	–
1.240,00	bis	1.249,99	136,47	–	–	–	–	–
1.250,00	bis	1.259,99	143,47	–	–	–	–	–
1.260,00	bis	1.269,99	150,47	–	–	–	–	–
1.270,00	bis	1.279,99	157,47	–	–	–	–	–
1.280,00	bis	1.289,99	164,47	–	–	–	–	–
1.290,00	bis	1.299,99	171,47	–	–	–	–	–
1.300,00	bis	1.309,99	178,47	–	–	–	–	–
1.310,00	bis	1.319,99	185,47	–	–	–	–	–
1.320,00	bis	1.329,99	192,47	–	–	–	–	–
1.330,00	bis	1.339,99	199,47	–	–	–	–	–
1.340,00	bis	1.349,99	206,47	–	–	–	–	–
1.350,00	bis	1.359,99	213,47	–	–	–	–	–
1.360,00	bis	1.369,99	220,47	–	–	–	–	–
1.370,00	bis	1.379,99	227,47	–	–	–	–	–
1.380,00	bis	1.389,99	234,47	–	–	–	–	–
1.390,00	bis	1.399,99	241,47	–	–	–	–	–
1.400,00	bis	1.409,99	248,47	–	–	–	–	–
1.410,00	bis	1.419,99	255,47	–	–	–	–	–
1.420,00	bis	1.429,99	262,47	–	–	–	–	–
1.430,00	bis	1.439,99	269,47	–	–	–	–	–
1.440,00	bis	1.449,99	276,47	0,83	–	–	–	–
1.450,00	bis	1.459,99	283,47	5,83	–	–	–	–
1.460,00	bis	1.469,99	290,47	10,83	–	–	–	–
1.470,00	bis	1.479,99	297,47	15,83	–	–	–	–
1.480,00	bis	1.489,99	304,47	20,83	–	–	–	–
1.490,00	bis	1.499,99	311,47	25,83	–	–	–	–
1.500,00	bis	1.509,99	318,47	30,83	–	–	–	–
1.510,00	bis	1.519,99	325,47	35,83	–	–	–	–
1.520,00	bis	1.529,99	332,47	40,83	–	–	–	–
1.530,00	bis	1.539,99	339,47	45,83	–	–	–	–
1.540,00	bis	1.549,99	346,47	50,83	–	–	–	–
1.550,00	bis	1.559,99	353,47	55,83	–	–	–	–
1.560,00	bis	1.569,99	360,47	60,83	–	–	–	–
1.570,00	bis	1.579,99	367,47	65,83	–	–	–	–
1.580,00	bis	1.589,99	374,47	70,83	–	–	–	–
1.590,00	bis	1.599,99	381,47	75,83	–	–	–	–
1.600,00	bis	1.609,99	388,47	80,83	–	–	–	–
1.610,00	bis	1.619,99	395,47	85,83	–	–	–	–
1.620,00	bis	1.629,99	402,47	90,83	–	–	–	–
1.630,00	bis	1.639,99	409,47	95,83	–	–	–	–
1.640,00	bis	1.649,99	416,47	100,83	–	–	–	–
1.650,00	bis	1.659,99	423,47	105,83	–	–	–	–
1.660,00	bis	1.669,99	430,47	110,83	1,02	–	–	–
1.670,00	bis	1.679,99	437,47	115,83	5,02	–	–	–

Netto-Lohn monatlich in Euro			Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
			0	1	2	3	4	5 und mehr
1.680,00	bis	1.689,99	444,47	120,83	9,02	–	–	–
1.690,00	bis	1.699,99	451,47	125,83	13,02	–	–	–
1.700,00	bis	1.709,99	458,47	130,83	17,02	–	–	–
1.710,00	bis	1.719,99	465,47	135,83	21,02	–	–	–
1.720,00	bis	1.729,99	472,47	140,83	25,02	–	–	–
1.730,00	bis	1.739,99	479,47	145,83	29,02	–	–	–
1.740,00	bis	1.749,99	486,47	150,83	33,02	–	–	–
1.750,00	bis	1.759,99	493,47	155,83	37,02	–	–	–
1.760,00	bis	1.769,99	500,47	160,83	41,02	–	–	–
1.770,00	bis	1.779,99	507,47	165,83	45,02	–	–	–
1.780,00	bis	1.789,99	514,47	170,83	49,02	–	–	–
1.790,00	bis	1.799,99	521,47	175,83	53,02	–	–	–
1.800,00	bis	1.809,99	528,47	180,83	57,02	–	–	–
1.810,00	bis	1.819,99	535,47	185,83	61,02	–	–	–
1.820,00	bis	1.829,99	542,47	190,83	65,02	–	–	–
1.830,00	bis	1.839,99	549,47	195,83	69,02	–	–	–
1.840,00	bis	1.849,99	556,47	200,83	73,02	–	–	–
1.850,00	bis	1.859,99	563,47	205,83	77,02	–	–	–
1.860,00	bis	1.869,99	570,47	210,83	81,02	–	–	–
1.870,00	bis	1.879,99	577,47	215,83	85,02	–	–	–
1.880,00	bis	1.889,99	584,47	220,83	89,02	1,03	–	–
1.890,00	bis	1.899,99	591,47	225,83	93,02	4,03	–	–
1.900,00	bis	1.909,99	598,47	230,83	97,02	7,03	–	–
1.910,00	bis	1.919,99	605,47	235,83	101,02	10,03	–	–
1.920,00	bis	1.929,99	612,47	240,83	105,02	13,03	–	–
1.930,00	bis	1.939,99	619,47	245,83	109,02	16,03	–	–
1.940,00	bis	1.949,99	626,47	250,83	113,02	19,03	–	–
1.950,00	bis	1.959,99	633,47	255,83	117,02	22,03	–	–
1.960,00	bis	1.969,99	640,47	260,83	121,02	25,03	–	–
1.970,00	bis	1.979,99	647,47	265,83	125,02	28,03	–	–
1.980,00	bis	1.989,99	654,47	270,83	129,02	31,03	–	–
1.990,00	bis	1.999,99	661,47	275,83	133,02	34,03	–	–
2.000,00	bis	2.009,99	668,47	280,83	137,02	37,03	–	–
2.010,00	bis	2.019,99	675,47	285,83	141,02	40,03	–	–
2.020,00	bis	2.029,99	682,47	290,83	145,02	43,03	–	–
2.030,00	bis	2.039,99	689,47	295,83	149,02	46,03	–	–
2.040,00	bis	2.049,99	696,47	300,83	153,02	49,03	–	–
2.050,00	bis	2.059,99	703,47	305,83	157,02	52,03	–	–
2.060,00	bis	2.069,99	710,47	310,83	161,02	55,03	–	–
2.070,00	bis	2.079,99	717,47	315,83	165,02	58,03	–	–
2.080,00	bis	2.089,99	724,47	320,83	169,02	61,03	–	–
2.090,00	bis	2.099,99	731,47	325,83	173,02	64,03	–	–
2.100,00	bis	2.109,99	738,47	330,83	177,02	67,03	0,86	–
2.110,00	bis	2.119,99	745,47	335,83	181,02	70,03	2,86	–
2.120,00	bis	2.129,99	752,47	340,83	185,02	73,03	4,86	–
2.130,00	bis	2.139,99	759,47	345,83	189,02	76,03	6,86	–
2.140,00	bis	2.149,99	766,47	350,83	193,02	79,03	8,86	–
2.150,00	bis	2.159,99	773,47	355,83	197,02	82,03	10,86	–
2.160,00	bis	2.169,99	780,47	360,83	201,02	85,03	12,86	–
	bis	(jeweils) +10,00	+7,00	+5,00	+4,00	+3,00	+2,00	–
2.310,00	bis	2.319,99	885,47	435,83	261,02	130,03	42,86	–
2.320,00	bis	2.329,99	892,47	440,83	265,02	133,03	44,86	0,52
2.330,00	bis	2.339,99	899,47	445,83	269,02	136,03	46,86	1,52
2.340,00	bis	2.349,99	906,47	450,83	273,02	139,03	48,86	2,52
2.350,00	bis	2.359,99	913,47	455,83	277,02	142,03	50,86	3,52
2.360,00	bis	2.369,99	920,47	460,83	281,02	145,03	52,86	4,52
	bis	(jeweils) +10,00	+7,00	+5,00	+4,00	+3,00	+2,00	+1,00
3.180,00	bis	3.189,99	1494,47	870,83	609,02	391,03	216,86	86,52
3.190,00	bis	3.199,99	1501,47	875,83	613,02	394,03	218,86	87,52
3.200,00	bis	3.203,67	1508,47	880,83	617,02	397,03	220,86	88,52

Der Mehrbetrag über 3.203,67 EURO ist voll pfändbar.

Herausgeber:

Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat für Veröffentlichungen
40190 Düsseldorf
Info 26/Stand: Juni 2013



Alle Broschüren und Faltblätter des Justizministeriums finden Sie unter www.justiz.nrw.de (Infomaterial/Hilfen), dort ist auch ein Online-Bestellformular eingestellt.

Telefonisch können Sie alle Veröffentlichungen werktags zwischen 8.00 und 18.00 Uhr bestellen.

Nordrhein-Westfalen **direkt**



0211 837-1001

nrwdirekt@nrw.de

Druck:

jva druck+medien
Möhlendyck 50
47608 Geldern
druckerei@jva-geldern.nrw.de